

18.04.2023 Stellungnahme des KreisFrauenRats Göppingen zu dem Besuch der Außenministerin in China und zur feministischen Außenpolitik

Der KreisFrauenRat solidarisiert sich, mit dem Vorhaben von der Entwicklungsministerin Svenja Schulze und der Außenministerin Annalena Baerbock die feministische Außenpolitik voran zu treiben.

Vielleicht wissen viele nicht, die sich über feministische Außenpolitik lustig machen, dass sich feministische Außenpolitik keineswegs nur an Frauen richtet. Nach den Leitlinien des Auswärtigen Dienstes ist eine feministische Außenpolitik, ein Handlungsleitfaden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes, das auf Menschen, die auf Grund ihrer Herkunft, Religion, Geschlechtsidentität, Behinderung oder anderen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden ausgerichtet ist.

Herr Qin Gang, Staatsrat für Auswärtige Angelegenheiten und Außenminister der Volksrepublik China behauptete, es gebe keine einheitlichen Standards bei den Menschenrechten in der Welt. Unsere Außenministerin hielt ihm entgegen, dass es durchaus "gemeinsame Standards" für die Menschenrechte in der Welt gibt und erinnerte ihn an die UN-Charta und die UN-Menschenrechtskonvention. Darin stünden "universelle" Menschenrechte, an die alle UN-Mitglieder gebunden sind. Das alles hat mit feministischer Außenpolitik zu tun, verweigern doch einige Länder, die, UN-Mitglieder sind Frauen ihre Menschenrechte. Was China betrifft, hatte Frau Baerbock die Sorge darüber geäußert, dass die Freiräume für die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte in China beschnitten würden. Frau Baerbock sagte außerdem, dass die Einhaltung der Menschenrechte auch im wirtschaftlichen Interesse wichtig ist: "Wo Firmen sich Vorteile auf Kosten der Menschenrechte verschaffen, gibt es keinen fairen Wettbewerb". Zumal es sicher Kritik gegeben hätte, wenn sie die Menschenrechtsverletzungen in China nicht erwähnt hätte. China unterstützt neuerdings das Regime im Iran mit einer besseren Software zwecks Erkennung der Gesichter der Frauen, die ihr Kopftuch nicht ordnungsgemäß tragen. So können sie anhand der Bilder identifiziert, in aller Stille verhaftet und ins Gefängnis transportiert werden - ohne die lästige Öffentlichkeit.